

# Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2011

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

---

## Inhalt

Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat Januar





## Vorwort

*"Das Jahresende ist kein Ende und kein Anfang, sondern ein Weiterleben mit der Weisheit, die uns die Erfahrung gelehrt hat."*

Hal Borland

Liebe Freunde,

schon wieder ist ein Jahr vergangen. Wir freuen uns alle auf etwas Ruhe und Besinnlichkeit in den bevorstehenden Weihnachtsfesttagen.

Das Jahr 2011 war für mich ein bewegendes Jahr mit vielen interessanten Begegnungen im Wahlkreis, im CDU-Kreisverband Teltow-Fläming und im Landtag.

Leider ist die katastrophale Politik der rot-roten Landesregierung auch bei uns spürbar. Noch immer gibt es beispielsweise keinen Neubau für die Polizeiwache in Ludwigsfelde, im nächsten Jahr wird es weniger Polizeibeamte im Landkreis Teltow-Fläming geben, der Bau der Thyrower Ortsumfahrung der B 101 wird immer weiter verschoben, unsere 5 Freien Schulen im Landkreis mit über 635 Schülerinnen und Schülern müssen im nächsten Jahr mit massiven Kürzungen ihrer Zuschüsse rechnen, die Informationspolitik der Landesregierung über die zukünftigen Flugrouten und die Schallschutzmaßnahmen in den Anreinergemeinden des Flughafens BER ist nicht hinnehmbar und die Amtsgerichte in Luckenwalde und Zossen werden wohl erst im Jahr 2016 saniert werden.

Von dieser rot-roten Landesregierung werden die falschen Prioritäten gesetzt, nicht Sachpolitik, sondern ideologische Fragen beherrschen das Regierungshandeln.

Die CDU-Landtagsfraktion wird auch im nächsten Jahr die Arbeit der Landesregierung kritisch begleiten und den Menschen im Land Alternativen zur Politik von Linken und SPD anbieten. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben eine bessere Politik verdient!

Zur Jahreswende sage ich von Herzen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Schöpfen wir in der Zeit zwischen den Jahren neue Kraft, um auch 2012 den politischen Herausforderungen mit ganzer Kraft zu begegnen und gemeinsam, die an uns gestellten Aufgaben zu bewältigen.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest, Gesundheit, Wohlergehen und Glück für 2012

wünscht Ihnen

Ihr



## Neues aus dem Wahlkreis

### Bahnsteig - Das Land sieht keinen Bedarf

Seit dem Ausbau der Anhalter Bahn gibt es wieder einen Bahn-Haltepunkt Großbeeren mit zwei Außenbahnsteigen, die vom Regionalexpress RE 4 im Stundentakt bedient werden. Allerdings ist nur der westliche Bahnsteig in Fahrtrichtung Süden behindertengerecht über eine Rampe zu erreichen. Zum östlichen Bahnsteig in Fahrtrichtung Norden führt dagegen nur eine überdachte Treppenanlage. Diese sei so steil, schreibt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum in einer kleinen Anfrage an die Landesregierung, dass es gehbehinderten Menschen und selbst Müttern mit Kinderwagen nicht möglich sei, so auf den Bahnsteig zu gelangen. Eichelbaum wollte wissen, ob es Gespräche mit der Bahn und der Gemeinde zur Schaffung eines barrierefreien Zugangs gebe. Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) antwortete darauf, dass die Station Großbeeren täglich nur etwa 300 Ein- und Aussteiger aufweise und somit den Schwellenwert von 1000 deutlich unterschreite. Auf diesen Wert hätten sich nach dem Gleichstellungsgesetz die zuständigen Verbände und der Stationsbetreiber DB Station & Service AG verständigt. Daher bestehe kein zwingender Handlungsbedarf. Auch die Frage nach einer Untertunnelung beantwortete er negativ.

Großbeeren CDU-Vorsitzender Dirk Steinhausen nennt diese Politik "kurzsichtig", weil sie die Entwicklung nicht erkenne. So wüchsen die Pendlerzahlen zum Güterverkehrszentrum ständig. Auch werde die Justizvollzugsanstalt im nächsten Jahr mit 300 Bediensteten und entsprechendem Besucherverkehr eröffnet. Außerdem wachse die Gemeinde selbst stetig.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.12.2011*



Besuch von  
Mitgliedern des  
CDU-  
Kreisverbandes  
im Deutschen  
Bundestag am  
04.11.2011

## Pfusch kostet einen Monat - Neuer Teilabschnitt der B 101 soll im zweiten Halbjahr 2012 freigegeben werden

Wer täglich die neue B 101 entlang fährt, kann es kaum erwarten, dass sie endlich fertig wird. Ursprünglich war geplant, dass die erste Fahrbahn mit zwei Spuren zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen im dritten Quartal fertig ist. Doch Ende Oktober wurde die gerade erst aufgetragene Asphaltschicht aufgrund mangelhafter Ausführung wieder um einige Zentimeter abgefräst. Die beiden Abgeordneten der CDU-Fraktion, Sven Petke und Danny Eichelbaum, stellten deshalb eine Anfrage an die Landesregierung.

Sie erkundigten sich, welche Kosten durch den Pfusch am Bau entstanden sind und wer diese trägt. Außerdem fragten sie nach dem Stand der Ortsumfahrung Thyrow. Jörg Vogelsänger (SPD), Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, beantwortete die Fragen. Er verwies darauf, dass der Einbau der Asphaltschichten durch den Auftraggeber nicht mangelfrei erfolgt sei. Deshalb habe man die Asphaltbindeschicht erneuern müssen. „Der Zeitverzug infolge der Mängelbeseitigung beträgt etwa vier Wochen“, so Vogelsänger. Die Kosten für die zusätzlichen Arbeiten gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Die Fertigstellung der ersten beiden Spuren sei witterungsabhängig. „Ein Abschluss der Arbeiten noch in diesem Jahr setzt günstige Witterungsbedingungen voraus“, erklärte er.

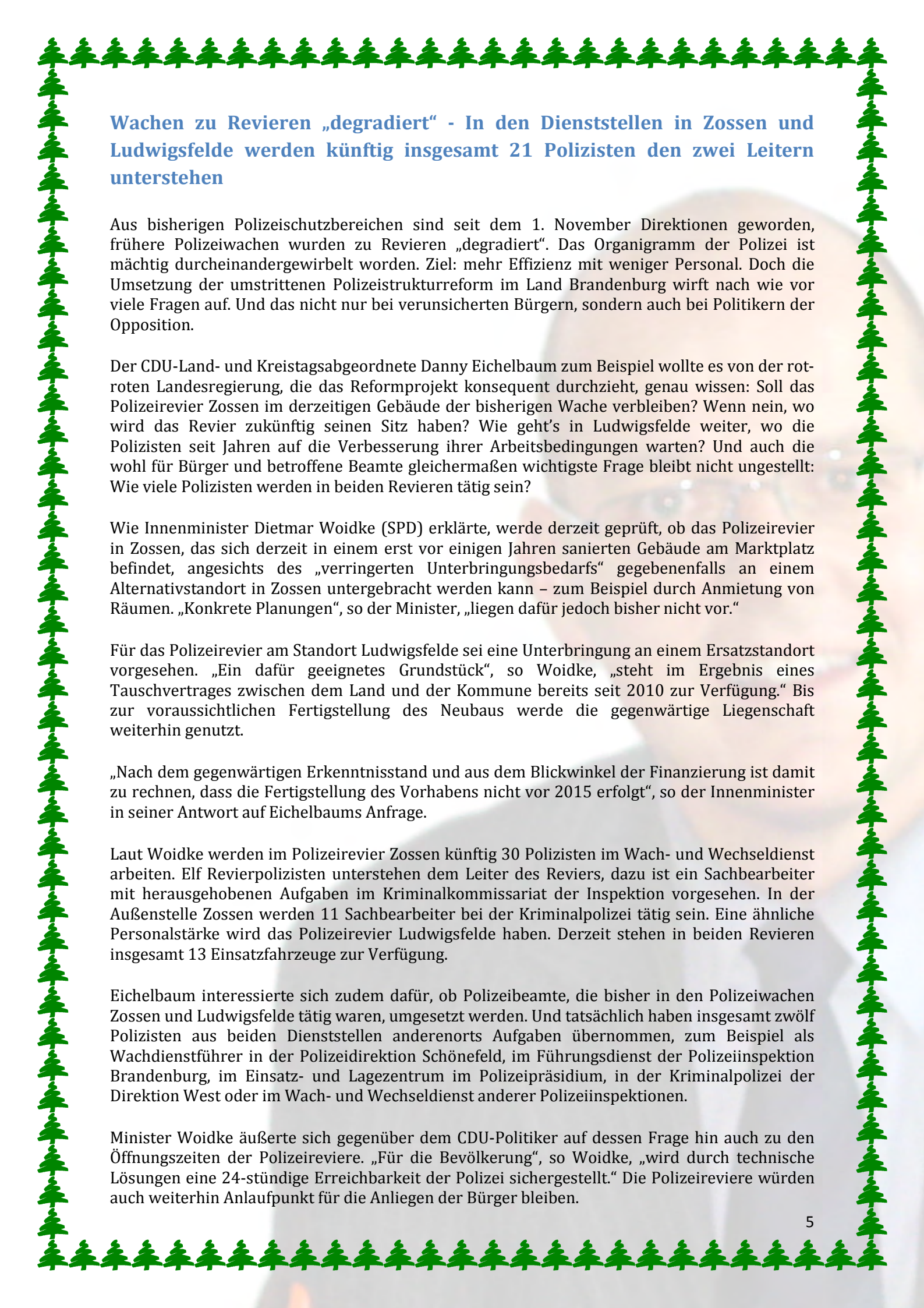
Laut Vogelsänger ist die Fertigstellung des Streckenabschnittes Woltersdorf-Wiesenhagen für das zweite Halbjahr 2012 vorgesehen. Die Mängelbeseitigung hat nach seinem Kenntnisstand keine Auswirkungen auf den Baubeginn der Ortsumfahrung Thyrow, die im Zuge der neuen B 101 gebaut werden soll. „Die Bauleistungen für die Ortsumfahrung Thyrow können öffentlich ausgeschrieben werden, sobald die Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses gegeben ist und die erforderlichen Haushaltsmittel bereit liegen“, so der Minister. Petke und Eichelbaum fragten zudem nach, seit wann ein rechtswirksamer Planfeststellungsbeschluss für die Ortsumfahrung Thyrow vorliegt. Nach Aussage von Vogelsänger ist das seit dem 20. Mai dieses Jahres der Fall. Allerdings sei der Planfeststellungsbeschluss noch nicht vollziehbar, da Klage erhoben worden sei. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg stehe noch aus.

Die Kosten für den Bau der Ortsumfahrung Thyrow betragen 28 Millionen Euro. Der Bund zahlt 22,4 Millionen, der Landkreis 5,6 Millionen Euro. Der Bund hat die finanziellen Mittel für den Bau der Ortsumfahrung Thyrow noch nicht freigegeben. Er hat lediglich der Finanzierung vorbereitender Arbeiten zugestimmt, um den zügigen Bau der Ortsumfahrung zu ermöglichen, sobald sich Finanzierungsmöglichkeiten ergeben. (Von Margrit Hahn)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.12.2011



Demo der Bürgerinitiative " Unser Großbeeren"  
gegen Fluglärm am 18.11.2011



## Wachen zu Revieren „degradiert“ - In den Dienststellen in Zossen und Ludwigsfelde werden künftig insgesamt 21 Polizisten den zwei Leitern unterstehen

Aus bisherigen Polizeischutzbereichen sind seit dem 1. November Direktionen geworden, frühere Polizeiwachen wurden zu Revieren „degradiert“. Das Organigramm der Polizei ist mächtig durcheinandergewirbelt worden. Ziel: mehr Effizienz mit weniger Personal. Doch die Umsetzung der umstrittenen Polizeistrukturereform im Land Brandenburg wirft nach wie vor viele Fragen auf. Und das nicht nur bei verunsicherten Bürgern, sondern auch bei Politikern der Opposition.

Der CDU-Land- und Kreistagsabgeordnete Danny Eichelbaum zum Beispiel wollte es von der rot-roten Landesregierung, die das Reformprojekt konsequent durchzieht, genau wissen: Soll das Polizeirevier Zossen im derzeitigen Gebäude der bisherigen Wache verbleiben? Wenn nein, wo wird das Revier zukünftig seinen Sitz haben? Wie geht's in Ludwigsfelde weiter, wo die Polizisten seit Jahren auf die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen warten? Und auch die wohl für Bürger und betroffene Beamte gleichermaßen wichtigste Frage bleibt nicht ungestellt: Wie viele Polizisten werden in beiden Revieren tätig sein?

Wie Innenminister Dietmar Woidke (SPD) erklärte, werde derzeit geprüft, ob das Polizeirevier in Zossen, das sich derzeit in einem erst vor einigen Jahren sanierten Gebäude am Marktplatz befindet, angesichts des „verringerten Unterbringungsbedarfs“ gegebenenfalls an einem Alternativstandort in Zossen untergebracht werden kann – zum Beispiel durch Anmietung von Räumen. „Konkrete Planungen“, so der Minister, „liegen dafür jedoch bisher nicht vor.“

Für das Polizeirevier am Standort Ludwigsfelde sei eine Unterbringung an einem Ersatzstandort vorgesehen. „Ein dafür geeignetes Grundstück“, so Woidke, „steht im Ergebnis eines Tauschvertrages zwischen dem Land und der Kommune bereits seit 2010 zur Verfügung.“ Bis zur voraussichtlichen Fertigstellung des Neubaus werde die gegenwärtige Liegenschaft weiterhin genutzt.

„Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand und aus dem Blickwinkel der Finanzierung ist damit zu rechnen, dass die Fertigstellung des Vorhabens nicht vor 2015 erfolgt“, so der Innenminister in seiner Antwort auf Eichelbaums Anfrage.

Laut Woidke werden im Polizeirevier Zossen künftig 30 Polizisten im Wach- und Wechseldienst arbeiten. Elf Revierpolizisten unterstehen dem Leiter des Reviers, dazu ist ein Sachbearbeiter mit herausgehobenen Aufgaben im Kriminalkommissariat der Inspektion vorgesehen. In der Außenstelle Zossen werden 11 Sachbearbeiter bei der Kriminalpolizei tätig sein. Eine ähnliche Personalstärke wird das Polizeirevier Ludwigsfelde haben. Derzeit stehen in beiden Revieren insgesamt 13 Einsatzfahrzeuge zur Verfügung.

Eichelbaum interessierte sich zudem dafür, ob Polizeibeamte, die bisher in den Polizeiwachen Zossen und Ludwigsfelde tätig waren, umgesetzt werden. Und tatsächlich haben insgesamt zwölf Polizisten aus beiden Dienststellen anderenorts Aufgaben übernommen, zum Beispiel als Wachdienstführer in der Polizeidirektion Schönefeld, im Führungsdienst der Polizeiinspektion Brandenburg, im Einsatz- und Lagezentrum im Polizeipräsidium, in der Kriminalpolizei der Direktion West oder im Wach- und Wechseldienst anderer Polizeiinspektionen.

Minister Woidke äußerte sich gegenüber dem CDU-Politiker auf dessen Frage hin auch zu den Öffnungszeiten der Polizeireviere. „Für die Bevölkerung“, so Woidke, „wird durch technische Lösungen eine 24-stündige Erreichbarkeit der Polizei sichergestellt.“ Die Polizeireviere würden auch weiterhin Anlaufpunkt für die Anliegen der Bürger bleiben.

„Mit dem zunächst vorgesehenen Angebot, eine Besetzung zwischen 8 und 20 Uhr zu gewährleisten“, so der Innenminister, „werden Zeiträume vorgesehen, die deutlich über dem heutigen Standard in den Kommunen liegen.“ In Abstimmung mit den Kommunen und unter Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs könne von diesem Angebot künftig auch abgewichen werden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.11.2011

## Nachrichten aus dem Landtag

### Stasi-Belastete urteilen über SED-Opfer: 6 von 13 betroffenen Richtern bearbeiteten solche Fälle

Nach Angaben von Justizminister Volkmар Schöneburg (Linke) waren sechs der 13 Richter, bei denen landesweit von einer Stasi-Vergangenheit ausgegangen wird, seit 1990 zeitweilig auch mit Rehabilitierungsverfahren von Opfern aus der DDR-Zeit betraut. Die Richter bearbeiteten "Restitutionsverfahren nach dem Vermögensgesetz oder Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz".

Die CDU forderte gestern, dass diesen Richtern die Zuständigkeit für die Opfer der SED-Diktatur entzogen wird. "Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet Stasi-Täter heute über die Entschädigungen von ihren früheren Opfern befinden können", sagt der rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum.

Insgesamt gibt es 5240 Mitarbeiter in der Justiz. Bei einer erneuten Prüfung der Personalakten ergab sich im Mai, dass 152 Mitarbeiter stasibelastet sind. Sie waren entweder hauptamtliche MfS-Mitarbeiter oder Inoffizielle Mitarbeiter (IM). 76 von ihnen arbeiten heute im Strafvollzug, 64 bei Gerichten, zwölf bei Staatsanwaltschaften. Neun der betroffenen 13 Richter leisteten ihren Wehrdienst beim MfS-Wachregiment, vier waren IM. Schöneburg lehnt es ab, alle 840 Richter erneut von der Stasi-Unterlagenbehörde überprüfen zu lassen.

Nur wenn es neue Fakten gebe, die den zuständigen Kammern bei der Ernennung der Staatsanwälte und Richter nicht bekannt waren, gäbe es eine Einzelfallprüfung. Aber in keinem Fall gibt es etwas Neues, hieß es.

Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, fordert, die Fälle der Richter so weit wie möglich offenzulegen, damit eine differenzierte Bewertung möglich sei. Im Justizministerium heißt es dazu, dass es einen Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg gebe, in dem festgeschrieben sei, dass das Ministerium keine Informationen an die Öffentlichkeit geben darf, die eine Identifizierung der Richter erlaube.

Quelle: Berliner Zeitung, 15.12.2011

Gemeinsames Weihnachtssingen im Landtag am  
14.12.2011



## Landtag beschließt Gerichtsneuordnung

Unter die lang anhaltende Diskussion um die Gerichtsneuordnung ist am Donnerstag im Brandenburger Landtag ein Schlussstrich gezogen worden. Die Abgeordneten stimmten mehrheitlich bei zwei Enthaltungen für den Gesetzentwurf der rot-roten Landesregierung. Festgeschrieben ist nun der Erhalt aller 25 Standorte der Amtsgerichte. Darüber hatte es bereits Streit unter der Vorgängerregierung von SPD und CDU gegeben.

Das Gesetz schreibt jetzt Veränderungen bei den Landgerichtsbezirken vor. Für die Uckermark ist nun Neuruppin und nicht mehr Frankfurt (Oder) zuständig. Der Dahme-Spreewald-Kreis geht mit dem Amtsgericht Königs Wusterhausen an Cottbus.

Kritik gab es im Vorfeld an der künftigen Zuweisung des Amtsgerichtes Schwedt zum Landgerichtsbezirk Neuruppin. Befürchtet werden zu lange Wege zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei und damit Behinderungen bei der Bekämpfung der Grenzkriminalität.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, kritisierte, dass die nichteinheitlichen Polizei- und Gerichtsgrenzen eine effektive Strafverfolgung verhinderten. Grenzkriminalität könne dadurch nicht wirksam bekämpft werden.

Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) betonte, dass nun für die Brandenburger Bürger eine zukunftsfähige Justiz geschaffen werde. «Jedes der vier Landgerichte und jede der vier Staatsanwaltschaften bleibt dauerhaft in einer arbeitsfähigen Größe erhalten», sagte er. Streitschlichtung durch Zivilgerichte, das aufwendige und notwendige Geschäft der Betreuungsgerichte und nicht zuletzt die Aburteilung von Straftätern seien täglich sichtbare Zeichen von Rechtsprechung.

*Quelle: Deutsche Presse Agentur, 15.12.2011*



Haushaltsberatungen  
im Landtag am  
15.12.2011

Parlamentarischer  
Abend der Lausitzer  
Rundschau in Potsdam  
am 14.12.2011 - mit  
Wirtschaftsminister  
Ralf Christophers,  
Landtagsdirektor Dr.  
Voigt,  
Landtagspräsident  
Gunter Fritsch,  
Infrastrukturminister  
Jörg Vogelsänger und  
Steeven Bretz MdL.



### Trennung von Justiz und Polizei

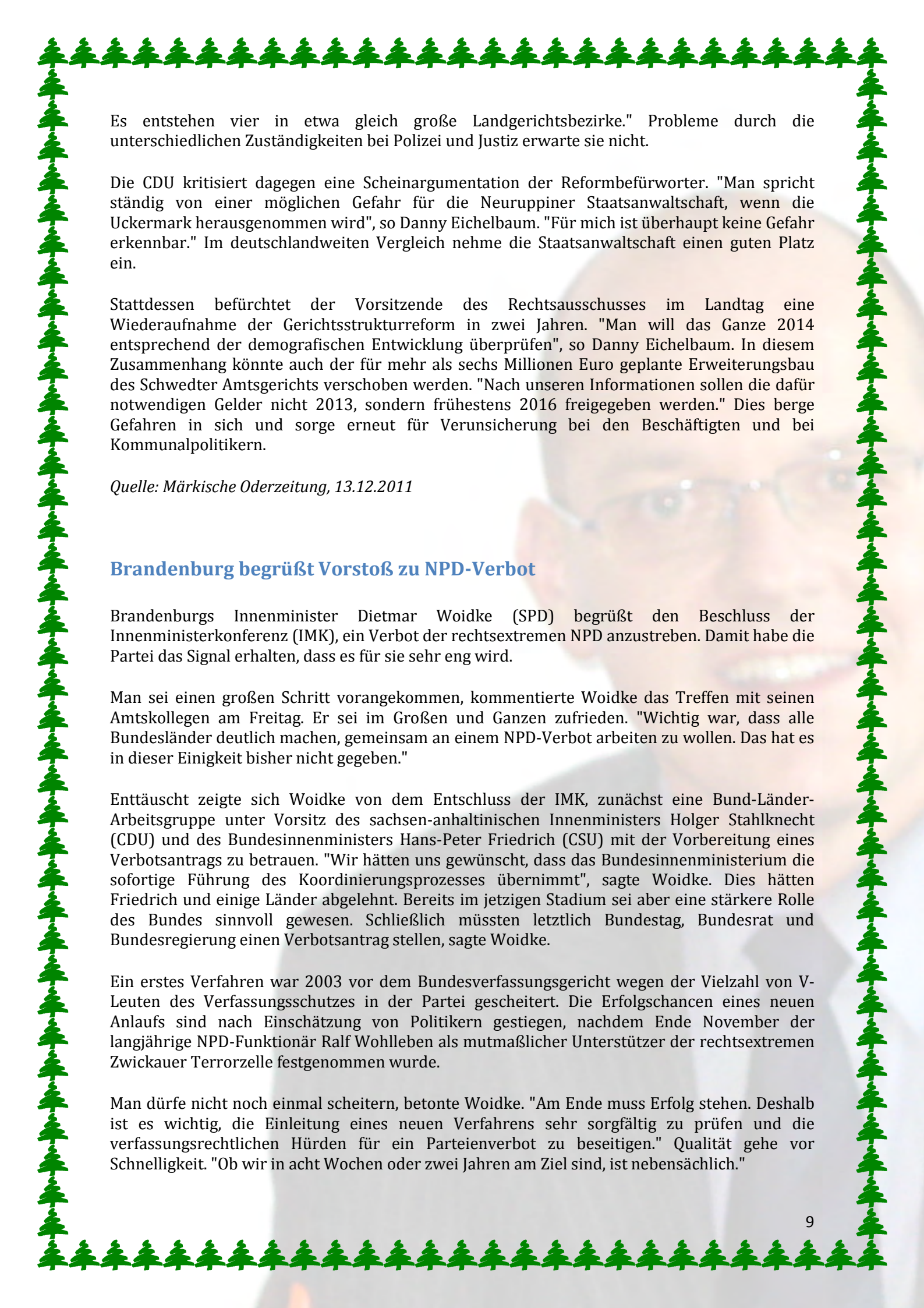
Am Mittwoch will der brandenburgische Landtag das Amtsgericht Schwedt im Zuge der Justizreform dem Landgerichtsbezirk Neuruppin zuordnen. Die Landes-CDU läuft dagegen Sturm. Die Opposition verlangt übereinstimmende Polizei- und Justizstrukturen zur Bekämpfung der Grenzkriminalität.

Die Bemühungen der CDU, die geplante Justizreform der Potsdamer Koalitionsregierung bezüglich der Uckermark doch noch zu stoppen, haben nur geringe Aussichten auf Erfolg. Das weiß die Landtagsfraktion. Dennoch protestieren CDU-Abgeordnete kurz vor der Abstimmung am morgigen Mittwoch gegen den Sonderfall im Norden Brandenburgs. Bei einem gestrigen Treffen von Danny Eichelbaum, Vorsitzender des Rechtsausschusses im Landtag, und Henryk Wichmann (CDU-Landtagsabgeordneter der Uckermark) mit der Leitung des Schwedter Amtsgerichts wollte man noch einmal auf die Schwierigkeiten der Reformveränderungen hinweisen.

Hintergrund ist die geplante Zuordnung des Schwedter Amtsgerichts zum Landgerichtsbezirk Neuruppin. Bisher gehörte die Ostuckermark zum Landgerichtsbezirk Frankfurt (Oder), die Westuckermark zu Neuruppin. Die CDU will stattdessen die gesamte Uckermark - und damit auch das Amtsgericht Prenzlau - dem Landgerichtsbezirk Frankfurt (Oder) zuordnen lassen. Aus "reiner Eitelkeit" würde Justizminister Schöneburg diesem Vorschlag nicht folgen, so Henryk Wichmann. Aus Sicht der CDU müssten die Strukturen von Polizei und Justiz entlang der deutsch-polnischen Grenze übereinstimmen. Stattdessen gehört die Polizei nun nach Frankfurt (Oder) und die Justiz künftig nach Neuruppin.

Diese Lösung verteidigt der uckermärkische Landtagsabgeordnete der Linken, Torsten Krause. Man stärke den Standort Neuruppin. Ebenso sieht das seine Angermünder Kollegin Irene Wolff-Molorciuc. "Mit der Neuausrichtung der Justizstrukturen werden die vier Landgerichtsbezirke zukunftsfähig und an die zu erwartenden demografischen Entwicklungen angepasst.





Es entstehen vier in etwa gleich große Landgerichtsbezirke." Probleme durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Polizei und Justiz erwarte sie nicht.

Die CDU kritisiert dagegen eine Scheinargumentation der Reformbefürworter. "Man spricht ständig von einer möglichen Gefahr für die Neuruppiner Staatsanwaltschaft, wenn die Uckermark herausgenommen wird", so Danny Eichelbaum. "Für mich ist überhaupt keine Gefahr erkennbar." Im deutschlandweiten Vergleich nehme die Staatsanwaltschaft einen guten Platz ein.

Stattdessen befürchtet der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Landtag eine Wiederaufnahme der Gerichtsstrukturreform in zwei Jahren. "Man will das Ganze 2014 entsprechend der demografischen Entwicklung überprüfen", so Danny Eichelbaum. In diesem Zusammenhang könnte auch der für mehr als sechs Millionen Euro geplante Erweiterungsbau des Schwedter Amtsgerichts verschoben werden. "Nach unseren Informationen sollen die dafür notwendigen Gelder nicht 2013, sondern frühestens 2016 freigegeben werden." Dies berge Gefahren in sich und Sorge erneut für Verunsicherung bei den Beschäftigten und bei Kommunalpolitikern.

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 13.12.2011*

## **Brandenburg begrüßt Vorstoß zu NPD-Verbot**


Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) begrüßt den Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK), ein Verbot der rechtsextremen NPD anzustreben. Damit habe die Partei das Signal erhalten, dass es für sie sehr eng wird.

Man sei einen großen Schritt vorangekommen, kommentierte Woidke das Treffen mit seinen Amtskollegen am Freitag. Er sei im Großen und Ganzen zufrieden. "Wichtig war, dass alle Bundesländer deutlich machen, gemeinsam an einem NPD-Verbot arbeiten zu wollen. Das hat es in dieser Einigkeit bisher nicht gegeben."

Enttäuscht zeigte sich Woidke von dem Entschluss der IMK, zunächst eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Vorsitz des sachsen-anhaltinischen Innenministers Holger Stahlknecht (CDU) und des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) mit der Vorbereitung eines Verbotsantrags zu betrauen. "Wir hätten uns gewünscht, dass das Bundesinnenministerium die sofortige Führung des Koordinierungsprozesses übernimmt", sagte Woidke. Dies hätten Friedrich und einige Länder abgelehnt. Bereits im jetzigen Stadium sei aber eine stärkere Rolle des Bundes sinnvoll gewesen. Schließlich müssten letztlich Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung einen Verbotsantrag stellen, sagte Woidke.

Ein erstes Verfahren war 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Vielzahl von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei gescheitert. Die Erfolgchancen eines neuen Anlaufs sind nach Einschätzung von Politikern gestiegen, nachdem Ende November der langjährige NPD-Funktionär Ralf Wohlleben als mutmaßlicher Unterstützer der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle festgenommen wurde.

Man dürfe nicht noch einmal scheitern, betonte Woidke. "Am Ende muss Erfolg stehen. Deshalb ist es wichtig, die Einleitung eines neuen Verfahrens sehr sorgfältig zu prüfen und die verfassungsrechtlichen Hürden für ein Parteienverbot zu beseitigen." Qualität gehe vor Schnelligkeit. "Ob wir in acht Wochen oder zwei Jahren am Ziel sind, ist nebensächlich."



Danny Eichelbaum, Rechtsexperte der CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag, begrüßt diese Vorgehensweise. Es sei notwendig, die Auflagen, die die Verfassungsrichter für ein erneutes Verbotsverfahren gemacht haben, eins zu eins zu erfüllen, sagte er. Dazu gehöre insbesondere, alle V-Leute aus Führungsgremien der Partei abzuziehen.

Ein erneutes Scheitern wäre fatal, sagte Brandenburgs Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Annalena Baerbock. "Das wäre ein Schlag für alle, die sich tagtäglich gegen Rechts einsetzen." Allerdings sei ein mögliches Verbot kein Allheilmittel, kommentierte sie den Vorstoß der Innenminister. "Wichtig ist, dass ein Verbot mit einer Stärkung der Demokratiearbeit einhergeht." Ähnlich äußerte sich Linke-Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato. "Rechtsextremistisches Gedankengut verschwindet ja nicht, nur weil die NPD verboten wird."

In Brandenburg kommt die NPD auf 18 Mandate in Kreistagen und kreisfreien Städten. Hinzu kommen 13 Sitze in Gemeindevertretungen. Sollte die Partei für verfassungswidrig erklärt werden, würden die Vertreter ihre Mitgliedschaft in den Parlamenten verlieren. Die Sitze würden in der laufenden Wahlperiode unbesetzt bleiben. Nach einem Verbot würde die Partei zudem auch kein Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung mehr bekommen. Zurzeit stehen der NPD in Brandenburg entsprechend der Wählerstimmen der letzten Landtagswahl 17 772 Euro pro Jahr zu.

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 10.12.2011*

## **Aus für erstes Gefängnis - Minister Schöneburg reagiert auf leerstehende Haftzellen / Kritik der Opposition**

Brandenburg hat sechs Justizvollzugsanstalten, aber seit Jahren zu wenig Gefangene. Nur rund zwei Drittel der Haftzellen sind belegt. Als Konsequenz aus dem Leerstand kündigte Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) gestern im Rechtsausschuss des Landtags an, eine Haftanstalt, die in Frankfurt (Oder), komplett zu schließen.

In dieser Einrichtung, die kleinste dieser Art im Land, gibt es derzeit 155 Haftplätze. Davon sind 65 Plätze für die Untersuchungshaft. Rund 45 Prozent der Gefangenen sind Ausländer. Die Justizvollzugsanstalt in Cottbus soll künftig die Aufgaben der Untersuchungshaft mit übernehmen, kündigte Schöneburg an. Er rechnet mit einer Schließung „frühestens 2013“, betonte gestern allerdings noch einmal, dass es sich um einen „Vorschlag“ handle. Er wolle weitere Varianten abwägen. Entscheidend seien am Ende die Zahlen – bei den Haftplätzen und dem Justizpersonal. „Das ist nicht in Stein gemeißelt“, meinte Schöneburg.

Im Rechtsausschuss begründete er ausführlich sein „Vollzugskonzept“. Die Gefangenenzahlen würden seit 2004 kontinuierlich sinken, sagte Schöneburg. In den sechs Haftanstalten des Landes gibt es 2123 Plätze, davon sind derzeit nur etwa 1380 belegt. Bis 2014 will der Minister darum die Anzahl der Haftplätze auf 1750 reduzieren.

Die erwogene Schließung einer „mittelgroßen“ Anstalt wie in Luckau-Duben oder Cottbus wurde verworfen. Dies würde dem verfolgten Prinzip der Resozialisierung entgegenwirken, sagte der Minister. Neben der Schließung ist der Ausbau von Einzelzellen und des offenen Vollzuges geplant. Die Zahl der Bediensteten will Schöneburg bis 2019 von 1100 auf 970 senken. Das sehen die Vorgaben des Finanzministeriums vor.

Betroffen sind in Frankfurt (Oder) rund 80 Justizbedienstete. Diese sollen in andere Anstalten verteilt werden, sagte der Minister. Dazu werde es mit den Personalräten Gespräche geben.

Während SPD und Linke erwartungsgemäß Schöneburgs Konzept lobten, äußerte die Opposition Zweifel und Kritik. Die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg sagte, das Konzept sei halbherzig. Die Reduzierung der Haftplätze gehe noch nicht weit genug. Außerdem fehle im Konzept die nötige Kooperation mit Berlin. Der CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum sagte, die geplanten Einsparungen seien allein mit der Schließung einer Anstalt nicht zu erreichen. Sein Fazit: „Viel Worte und wenig Substanz.“ Der Landesvorsitzende des Richterbundes, Matthias Deller, äußerte sich enttäuscht und nannte Schöneburgs Konzept ein „Placebo“. Mittelfristig seien die Pläne nicht tragfähig, betonte er. Rainer Krone, Vize-Landeschef des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, ist, wie er sagte, „zweigeteilt“: Die Ungewissheit für die Kollegen sei zwar vorbei, man wisse aber nicht, was wirklich auf die Justizmitarbeiter zukomme.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 09.12.2011



Demo vor dem Landtag gegen die  
Bildungskürzungen von SPD und  
Linke am 14.12.2011

## Landes-CDU steht zum Dubener Knast

Der Arbeitskreis Rechts-, Kommunal- und Innenpolitik der CDU-Landtagsfraktion hat sich gestern in Duben nach einem Gespräch mit Anstaltsleiter Christian Hoff gegen eine mögliche Schließung der Justizvollzugsanstalt ausgesprochen. „Das ist der modernste und sicherste Knast im ganzen Land“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion, Henry Wichmann.

Nach einer Führung durch die Justizvollzugsanstalt Duben und einem Gespräch mit Anstaltsleiter Christian Hoff zeigten sich die Landtagsmitglieder beeindruckt. „Das ist ein moderner Bau, der allen Sicherheitsanforderungen entspricht und mit 60 bis 70 Prozent ausgelastet ist. Das entspricht in etwa dem Durchschnitt aller Gefängnisse im Land“, erklärte Henry Wichmann. Es sei für seine Fraktion völlig klar, dass die JVA Duben erhalten bleiben muss, ergänzte Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Das ist die Reaktion auf den Vorschlag des SPD-Fraktionschefs im Landtag, Ralf Holzschuher. Der hatte vor Wochen gefordert, den Dubener Knast zu schließen, weil er nur zu einem Drittel belegt sei. „Der SPD-Fraktionschef hatte bei dem Satz die lokale Brille auf“, sagte Björn Lakenmacher, innenpolitischer Fraktionssprecher.

Holzschuher ist Stadtverordneter in Brandenburg/Havel und Mitglied im dortigen Anstaltsbeirat. Er hatte die Schließung der JVA Duben gefordert, die im Jahr 2005 für etwa 54 Millionen Euro erbaut worden war. Für Lakenmacher ist diese Forderung konzept- und auch planlos.



Mit dieser Äußerung hatte Holzschuher nicht nur für Unruhe bei den Bediensteten der JVA in Duben gesorgt, so Gerald Lehmann. „Er hat damit in unserer strukturschwachen Region Ärzte, Lehrer und Versorgungsbetriebe extrem verunsichert“, ergänzte Luckaus Bürgermeister. Würde die JVA wirklich geschlossen, so käme das dem Verschwinden einer ganzen Ortschaft von der Landkarte gleich und sei unverantwortlich. Für einen geschlossenen Knast würden jährlich knapp 750 000 Euro Kosten anfallen, erklärte Eichelbaum.

„Mit der Eröffnung des Großflughafens ist das Amtsgericht Königs Wusterhausen zuständig, wenn es um Straftaten im Flughafenumfeld wie etwa Drogenschmuggel oder Ähnliches geht“, sagte Lakenmacher. Dann sei die JVA Duben ganz sicher der erste Anlaufpunkt für Gefangene.

„Duben ist einzigartig mit seinem Diagnostikzentrum“, erklärte Margret Keller, Mitglied im Dubener Anstaltsbeirat. Fachleute des Zentrums versuchen festzustellen, wie Therapieansätze aussehen könnten und wie Inhaftierten ihre Taten aufarbeiten könnten. Das sei keine Massenabfertigung, sondern eine unverzichtbare Begleitung.

Zwei Drittel der 200 Anstaltsbediensteten wohnen laut Hoff in Luckau und Umgebung.

Am Donnerstag, 8. Dezember, kommt der Rechtsausschuss des Potsdamer Landtages zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Dann werde auch Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) zum neuen Standortkonzept der Gefängnisse in Brandenburg informieren, so Danny Eichelbaum.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 06.12.2011

## Landtag: Eichelbaum neuer Rechtsausschuss-Vorsitzender



Der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum ist neuer Vorsitzender des Rechtsausschusses des Brandenburgischen Landtags. Am Donnerstag wurde er einstimmig von diesem Gremium gewählt. Eichelbaum tritt die Nachfolge seines Parteikollegen Sven Petke an. Dieser hatte sich in der vergangenen Woche überraschend von fast allen politischen Ämtern zurückgezogen.

## Häftling weiter auf der Flucht - CDU kritisiert Personalmangel in der Justiz

Der aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg/ Havel geflohene Häftling wollte offenbar einer Verlegung vom offenen in den geschlossenen Vollzug entgehen.

Dies hätte am Dienstag geschehen sollen, wie der Sprecher des Justizministeriums, Frank Schauka, gestern sagte.

Am gleichen Tag war der 32-jährige aus dem ersten Stock des Gefängnisses gesprungen, über einen Zaun geklettert und verschwunden.

"Es bestand die Gefahr, dass der Gefangene den offenen Vollzug nutzen würde, um sich Drogen zu beschaffen", erläuterte Schauka die geplante Verlegung des Mannes. Der aus der Stadt Brandenburg stammende 32-jährige war seit dem 8. November in der JVA im offenen Vollzug. Er sollte eine Ersatzhaftstrafe von 70 Tagen wegen Fahrens unter Alkoholeinfluss verbüßen. Die Suchaktion mit zeitweise 80 Beamten in einem Waldstück im Ortsteil Plaue war erfolglos geblieben und noch am Dienstag eingestellt worden, wie ein Polizeisprecher sagte. Gestern liefen weitere Fahndungsmaßnahmen. Die städtischen Verkehrsbetriebe und Taxiunternehmen erhielten laut Polizei eine Beschreibung des Flüchtligen. Von dem Mann gehe keine Gefahr aus, betonte Schauka.

Anlässlich des Falls bemängelte die brandenburgische CDU die Zustände im Brandenburger Strafvollzug. Der hohe Krankenstand bei den Justizvollzugsbediensteten, viele Überstunden und fehlendes Personal machten diesen anfällig für Sicherheitsmängel, sagte CDU Rechtsexperte Danny Eichelbaum.

Anstatt den Bereich "kaputt zu sparen", müssten die strukturellen Missstände in Gefängnissen behoben werden. Nach dem vierten Gefangenenausbruch in Brandenburg seit Jahresanfang sei fraglich, ob der Justizminister die richtigen Prioritäten im Strafvollzug setze, sagte Eichelbaum.

Das Justizministerium wies die Kritik zurück. "Aus dem offenen Vollzug zu entweichen erfordert keine große Raffinesse oder Anstrengung, zumal schon die Fenster prinzipiell nicht vergittert sind", sagte Sprecher Schauka. In anderen Ländern sei der Bereich nicht einmal durch einen Zaun gesichert. Bei den vier "Entweichungsfällen" gebe es kein Anzeichen für ein Sicherheitsrisiko.

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 17.11.2011*



Podiumsdiskussion der Deutschen Justizgewerkschaft zum Thema: Die Brandenburger Justiz 2020 am 24.10.2011

## Diskussionsveranstaltung des Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen: Die Zukunft der Staatsanwaltschaft in Brandenburg und die allgemeine Entwicklung

**Wird die Justiz in Brandenburg europäischer? Benötigen wir in Brandenburg mehr Selbstverwaltung der Justiz? Ist eine effektive Strafverfolgung in Brandenburg auch in den nächsten 20 Jahren garantiert?**

Der Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen hatte zur Diskussion dieser Fragen mit dem Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Herr Dr. Erardo Rautenberg, am Dienstag in der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Heinrich-Mann Allee 107, in Potsdam eingeladen.

"Die Justiz in Brandenburg steht in den nächsten Jahren vor großen strategischen und organisatorischen Herausforderungen. Die Brandenburger werden in den nächsten 10-20 Jahren weniger und älter. Dies hat auch Auswirkungen auf die Justiz.

Die Justizstrukturen stehen auf dem Prüfstand. Durch die von der Landesregierung geplante Polizeistrukturenreform werden Stellen bei der Kriminalpolizei gekürzt, die Personalbedarfsplanung der Landesregierung sieht ebenfalls einen Stellenabbau bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten vor", so der Vorsitzende des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen Danny Eichelbaum MdL.

Gleichzeitig wird die europäische Zusammenarbeit in der Justiz an Bedeutung gewinnen. So traten im Jahr 2006 beispielsweise in Deutschland die geänderten Rechtsvorschriften zur Einführung des Europäischen Haftbefehls in Kraft. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte entfaltet immer mehr Rechtswirkungen in unserem Land.

Quelle: [www.cdu-brandenburg.de](http://www.cdu-brandenburg.de), 17.11.2011



LACDJ Veranstaltung mit  
Generalstaatsanwalt Dr.  
Eduardo Rautenberg in  
Potsdam am 15.11.2011

## Amtsgerichte werden später saniert - Großteil des Geldes fließt erst ab dem Jahr 2016 / Baulicher Zustand einiger Gebäude bereits bedenklich

Die Sanierung der Amtsgerichte in Brandenburg wird sich noch über Jahre hinziehen. Wie aus jetzt vorgelegten Zahlen hervorgeht, fließt der Großteil des Geldes erst ab dem Jahr 2016. Rund 33 Millionen von insgesamt rund 50 Millionen Euro seien dann geplant. Das geht aus einer Antwort von Justizminister Volkmар Schöneburg (Linke) auf eine parlamentarische Anfrage hervor. Drei Millionen Euro will das Land in die Sicherheit von Gerichtsgebäuden und Staatsanwaltschaften investieren. In den Eingangsbereichen sollen Schleusen gebaut werden.

Der bauliche Zustand einiger Gerichtsgebäude sei bereits jetzt bedenklich. So ist das Amtsgericht Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald) laut Justizministerium in einem "sehr schlechten baulichen Zustand", die Gerichte in Luckenwalde (Teltow-Fläming) und Senftenberg (Oberspreewald-Lausitz) in einem "schlechten Zustand". Für den Standort Königs Wusterhausen veranschlagt das Ministerium insgesamt 11,5 Millionen Euro, für Luckenwalde sind es 7,4 Millionen Euro und für Senftenberg 7,5 Millionen. Durch den jahrelangen politischen Streit um die Standorte kam es vielerorts zum Stillstand. Vor allem aus finanziellen Gründen sollte in der Koalition von SPD und CDU die Anzahl der Amtsgerichte von 25 auf 18 reduziert werden. Innenminister Dietmar Woidke (SPD) - selbst mit der Polizeireform auf Sparkurs - hatte Anfang des Jahres die Diskussion erneut entfacht.

Die oppositionelle CDU-Landtagsfraktion kritisierte den langen Zeitraum bis zur Sanierung als nicht akzeptabel. Deshalb möchte sie in den Haushaltsberatungen erreichen, dass dringende Bauarbeiten an den Gerichten in Höhe von zehn Millionen Euro bereits 2012 ermöglicht werden, erklärte der rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum am Sonntag in einer Mitteilung. Dieser Betrag könnte bei der Sanierung der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel eingespart werden. "Einsparpotenziale sieht die CDU auch bei den finanziellen Mitteln für das nicht mehr erforderliche zentrale Grundbuchamt."

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 01.11.2011*



CDU  
Informationsveranstaltung  
zur  
Altanschiesserproblematik  
in Potsdam am 24.10.2011



## Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

### Anja Heinrich und Danny Eichelbaum auf Kulturtour in Teltow-Fläming

Gemeinsam mit der Kulturpolitischen Sprecherin der CDU Fraktion und Vorsitzenden der Frauen Union des Landes Brandenburg, Anja Heinrich, besuchten CDU Abgeordnete, unter ihnen Danny Eichelbaum MdL und Mitglieder der Frauen Union, den Teltow-Fläming Kreis.

Dem KUNSTFLÜGEL in Rangsdorf - das brandenburgische Forum der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer galt der erste Besuch der Abgeordneten Heinrich und des Abgeordneten Danny Eichelbaum. Präsentiert in eindrucksvoller künstlerischer Vielfalt fand sich vornehmlich Kunst von Frauen. Das ist Bildende und Angewandte Kunst, ist Literatur und Musik. Viele der Künstlerinnen haben ostdeutsche Biografien, kommen aus allen Gegenden des Landes Brandenburg, aus Berlin, aber auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Die CDU Abgeordneten zeigten sich beeindruckt von der Gestaltung und Erfüllung der Galerie in ihrer Vielfalt der Künstler, trotz der angespannten Haushalte in den Kommunen.

Danny Eichelbaum lud die Kulturpolitische Sprecherin in das Stadt- und Technikmuseum Ludwigsfelde ein. Dieses vermittelt Wissenswertes zur Stadtgeschichte, zum Fahrzeugbau und zu Motoren. Man findet hier Zeugnisse der Technikgeschichte von 1936 als die Daimler Benz AG unter strengster Geheimhaltung ein Großserienwerk für Flugmotoren in der Genshagener Heide bauen ließ. Ebenso über die unrühmliche Beschäftigung der Zwangsarbeiter im 2. Weltkrieg bis zur Geschichte des Werkes in der DDR-Vergangenheit mit seinen legendären Produkten wie Wiesel und Troll, W50 und L60. Die Ludwigsfelder Heimatgeschichte wird gleichsam in den bestehenden Jugendprojekten anschaulich.

Auf der Suche nach innerer Ruhe wird man im Malsalon Jüterbog fündig. Gegründet 2007 sind hier alle Malerinnen und die es werden wollen herzlich willkommen. Sie finden hier Zufriedenheit, wenn Sie das Spiel der Farben selbst dirigieren, jeder kann von jedem lernen.

In zahlreichen Gesprächen vor Ort wurden Erfahrungen ausgetauscht und Anregungen gegeben. Anja Heinrich: „Brandenburgs Bürger sind couragiert und engagiert, ihnen sind Bildung und Kultur wichtig. In Eigeninitiative werben sie beherzt für die eigenen Regionen und zeigen, dass diese lebens- und liebenswert sind.“

Den Abschluss der Kulturtour bildete das Webermuseum Kloster Zinna, welches im alten Zollhaus von Kloster Zinna als historische Handweberei eingerichtet ist.

### 4 von 56 - Arbeitsgruppe zur Stasi-Überprüfung der Abgeordneten stellt Ergebnisse vor / Debatte größtenteils nichtöffentlich

„Wir versuchen, mit der heutigen Sitzung Geschichte zu schreiben.“ Das kündigte der Kreistagsvorsitzende Christoph Schulze (SPD) am Montagabend in Luckenwalde an. Fest steht: Es wurde eine außergewöhnliche Sitzung. Sie dauerte länger als üblich (22.30 Uhr), und sie wurde mehrfach für nichtöffentliche Beratungen unterbrochen. Am Ende wurde mitgeteilt, dass bei vier der 56 Abgeordneten „Hinweise auf eine Mitarbeit“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR vorliegen. Es handelt sich um Hans-Jürgen Akuloff, Rudolf Haase (beide Linke), Bernd Heimberger (PTF) und Manfred Georgi (FDP).



Zwischenzeitlich war nicht klar, ob diese Namen überhaupt öffentlich werden. Schulze hatte offenbar eine Beschlussvorlage vorbereitet, die statt Namen von „A“, „B“, „C“ und „D“ sprach. Ein Antrag der CDU auf öffentliche Debatte zum Bericht der Arbeitsgruppe und den Schlussfolgerungen des Kreistags wurde abgelehnt. Und so schlossen sich die Türen des Kreistagssaals für zwei Stunden. Zwei Stunden, in denen immer wieder Abgeordnete kopfschüttelnd den Saal verließen, sich die SPD-Fraktion zu einer Sondersitzung traf und in denen einige interessierte Einwohner entnervt das Gebäude verließen.

Gegen 20.30 Uhr erhielt dann der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der Publizist Gilbert Furian, das Wort. Er bedankte sich knapp dafür, dass der Beschluss öffentlich gemacht wurde. CDU-Fraktionschef Danny Eichelbaum wies darauf hin, dass „man die Machenschaften der Stasi nicht verklären“ soll. Die Stasi sei keine Regierungsorganisation, sondern eine Verbrecherorganisation gewesen. Für seine Fraktion sagte er, dass sie jeden Fall genau angeguckt hätte. Demnach sollten bei Georgi keine Konsequenzen gezogen werden, Heimberger („kein Interesse an Aufklärung“) und Haase („er war ein Denunziant“) sollten ihre Mandate niederlegen, bei Akuloff wurde dies „ausdrücklich nicht“ gefordert.

Namens der Linken sprach Kornelia Wehlan. Sie wies darauf hin, dass es keine Pflicht zur Mandatsniederlegung gibt. Man müsse auch die „persönliche Weiterentwicklung“ beachten; Akuloff und Haase hätten sich um Luckenwalde und Kreis verdient gemacht, zudem seien beide offen mit ihren Biografien umgegangen. „Der Schritt der Auswirkung auf das Mandat ist nicht geboten.“

„Sie müssen sich Ihrer Moral stellen“, sagte Heide Igel (SPD), „und die Fraktionen müssen überlegen, ob sie solche Mandatsträger wirklich brauchen.“ Andererseits seien diese eben auch gewählt worden.

Gerhard Kalinka (Grüne) sagte, dass er als „Wessi“ ein „bisschen außenstehend“ ist. Er warb für „Verständnis füreinander auf der Grundlage der Information“. Man sollte gemeinsam überlegen: „Wie kann so ein System in dieser Form nie wieder entstehen?“

Für seine Fraktion sagte Matthias Nerlich (FDP), dass „in keinem Fall eine Mandatsniederlegung erforderlich“ ist. Persönlich fügte er an: „Ich bin zutiefst enttäuscht über die vielen Unterlagen, die seitens Herrn Haase bestehen. Ich appelliere an seine Ehrhaftigkeit, eigene Konsequenzen zu ziehen.“

Keiner der vier Belasteten ergriff das Wort. Heimberger, der nicht an der Sitzung teilnahm, wollte sich gestern auch auf Nachfrage der MAZ nicht äußern. *Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.12.2011*



Sitzung des CDU-Kreisvorstandes mit dem Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes Werner Große in Kloster Zinna am 05.12.2011

## „Für uns lief es erfolgreich“ - Danny Eichelbaum zum CDU-Landesparteitag

Weiter so!, hieß es beim Landesparteitag der CDU in Potsdam. Danny Eichelbaum nahm daran teil, er sprach darüber mit Ekkehard Freytag.

*MAZ: Sind Sie als CDU-Kreischef mit dem Parteitag zufrieden?*

Danny Eichelbaum: Für uns als Kreisverband lief es erfolgreich. So wurde unser Antrag auf Einsetzung eines Flughafenausschusses mit großer Mehrheit beschlossen. Und personell sind wir wieder im Landesvorstand vertreten.

*Sie wurden gewählt.*

Eichelbaum: Über meine Wahl in den Landesvorstand habe ich mich sehr gefreut.

*Im Übrigen wirkt es so, als ob die CDU ihre Oppositionshaltung zementiert hätte.*

Eichelbaum: Der eingeschlagene Kurs unserer Landesvorsitzenden Saskia Ludwig wurde vom Parteitag bestätigt. Wie in Teltow-Fläming, erfüllen wir auch im Land unseren Oppositionsauftrag. Unsere Alternativen zur Regierungspolitik liegen auf dem Tisch. Ich schätze die offenen und klaren Worte von Saskia Ludwig zur Bekämpfung von Korruption und SPD-Filz. Unser Landkreis ist ein trauriges Beispiel für Vetternwirtschaft im Land Brandenburg.

*Eine Annäherung in Richtung SPD signalisiert der Parteitag wirklich nicht.*

Eichelbaum: Aus Respekt vor der Entscheidung der Wähler verbietet sich jegliche Spekulation über eine Regierungsbeteiligung nach den nächsten Landtagswahlen. Wir sind eine selbstbewusste Partei mit einem eigenständigen Profil und wollen 2014 die rot-rote Landesregierung ablösen. Diese Regierung schadet dem Land und muss 2014 abgewählt werden.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.10.2011*



CDU Landesparteitag in Potsdam mit Frank Henkel am  
21.10.2011



## Ermittlungen - Im Kreis der Vettern

Ein Unternehmer soll Teltow-Fläming-Landrat Peer Giesecke und auch Bezirkspolitiker geschmiert haben.

Luckenwalde - Es geht um teure Abende in Restaurants, spendierte Reisen auf die Ferieninsel Mallorca, aber auch um die Vergabe von Bauaufträgen und fragwürdige Abrissgenehmigungen. Wie so oft bei Korruptionsfällen in Brandenburg. Für Peer Giesecke (SPD) könnte es das Ende seiner politischen Karriere bedeuten. Jetzt stehen die Ermittlungen gegen den 61-jährigen Landrat von Teltow-Fläming, einen der dienstältesten in Brandenburg, kurz vor dem Ende. Bis Jahresende will die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin das Verfahren abschließen. Sollte Giesecke in einem möglichen Prozess verurteilt werden, droht ihm die Amtsenthebung. Ein Disziplinarverfahren des Innenministeriums ruht vorerst. Selbst SPD-Genossen glauben, dass Giesecke als Landrat schon nicht mehr tragbar wäre, wenn auch nur Anklage erhoben würde.

Seit Sommer 2010 stießen die Korruptionsermittler nach und nach auf einen Kreis von eng verbandelten Politikern und Unternehmern. Selbst ein örtlicher Polizeiführer stand im Visier der Ermittler. Ob sich der Verdacht erhärtet, wird noch geprüft. Ermittelt wird gegen insgesamt neun Personen. Giesecke wird Vorteilsnahme, Untreue und Bestechlichkeit vorgeworfen. Er selbst wollte sich auf Anfrage dazu nicht äußern.

Die zentrale Person in diesem Geflecht aber ist der Unternehmer Manfred C., der jahrelang dem Landrat in den vergangenen Jahren teure Essen für mehrere Tausend Euro und auch eine Reise nach Mallorca spendiert haben soll. Im Gegenzug, so lautet der Vorwurf der Ermittler, soll er sich an oberster Stelle und gegen Forderungen des Landesamtes für Denkmalpflege und der eigenen Fachleute vehement für den Abriss eines unter Denkmalschutz stehenden Gutshofes in Großbeeren eingesetzt haben.

Die damalige Kulturministerin Martina Münch (SPD), die heute das Bildungsressort leitet, hatte die Sondergenehmigung nach jahrelangem Tauziehen im Mai 2010 schließlich erteilt. Wo einst das Denkmal stand, gibt es jetzt einen Supermarkt samt Parkplatz. Nach diesem Fall und einer Razzia im Frühjahr 2011, bei der Bewirtungsbelege auftauchten, fanden die Ermittler weitere mutmaßliche Korruptionsfälle im Umfeld des regionalen Baulöwen C. und der SPD.

Im Verdacht steht etwa der Bürgermeister von Großbeeren, Carl Ahlgrimm (SPD), dem die Ermittler ein „überbordendes Engagement“ für den Abriss des Gutshofes“ attestieren und der, wie Giesecke, auf Kosten des Bauunternehmers bei kostspieligen Essen fürstlich bedient worden sein soll. Auch gegen den früheren Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde, Heinrich Scholl, wird wegen teurer Gratis-Speisen und dreier Mallorca-Reisen ermittelt. Das Verfahren gegen den amtierenden Rathauschef Frank Gerhard (SPD) stellte die Staatsanwaltschaft wegen geringer Schuld ein. Frank musste 2000 Euro Geldbuße für Essen im Wert von Hunderten von Euro zahlen.

Bei Ex-Bürgermeister Scholl, der seit 1990 im Amt war und 2008 aus Altersgründen ausschied, geht es um mehrere Bauprojekte, die C. im Auftrag der Stadt Ludwigsfelde umsetzte, darunter eine 2009 eröffnete, 1,8 Millionen Euro teure neue Tribüne für das Waldstadion. Das Angebot war eine Million Euro günstiger als das nächsthöhere. Das Besondere: Die Stadt kann die Tribüne 2014 als Mietkaufobjekt erwerben. Auffällig sind auch die persönlichen Bande: C. und Landrat Giesecke sind befreundet. Der Unternehmer räumt die Essenseinladung ein, von Mallorcareisen will er nichts wissen.

Ludwigsfeldes Ex-Bürgermeister Scholl war nach seinem Rückzug aus der Politik für C. tätig, ebenso die Frau von Großbeerens Gemeindechef als Wohnungsverwalterin. C. lobt sich, „viel Gutes“ für Großbeeren getan zu haben, besonders an öffentlichen Gebäuden wie der Schule,

für die er meist das günstigste Angebot vorgelegt habe. Bei Giesecke gehen die Ermittlungen bis tief hinein ins Privatleben: Im Frühjahr wollte er den Ex-Mann seiner Ehefrau, einen Rechtsanwalt mit SPD-Parteibuch, zum persönlichen Referenten machen, zog nach Protesten die Entscheidung aber zurück.

Das Verfahren dreht sich nun um die Zeit davor. Giesecke soll Vergaberegeln umgangen haben und dem Juristen einen Auftrag im Wert von 90 000 Euro zugeschanzt haben, der dafür Bürger in Sachen Hauptstadtflughafen Schönefeld rechtlich beraten hat. Im Haushalt des Landkreises tauchte die Summe nicht auf, jetzt besteht Untreueverdacht.

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 24.10.2011*



Verabschiedung des Jüterboger  
Bürgermeisters Bernd Rüdiger am  
28.10.2011



Verlegung von Stolpersteinen in  
Luckenwalde am 13.10.2011

## Entscheidend ist Bürgernähe - Danny Eichelbaum zur Kommunalstrukturreform

Die SPD Brandenburg hat eine Neustrukturierung der Landkreise und Kommunen vorgeschlagen. Nach ihren Vorstellungen soll es nur noch Landkreise mit mindestens 200.000 Einwohnern und Kommunen mit 12.000 Einwohnern geben. Über eine mögliche Kommunalstrukturreform sprach BlickPunkt-Redakteur Jörg Reuter mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Innenausschusses des Landtages und hiesigen CDU- Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum.

*Herr Eichelbaum, was halten Sie von der vorgeschlagenen Kommunalstrukturreform der SPD?*

Der SPD Vorschlag ist unausgegoren und völlig kontraproduktiv. Der Landtag hat erst vor kurzem eine Enquetekommission eingerichtet, die die letzte Kommunalstrukturreform von 2003 auswerten und Vorschläge für eine künftige Struktur der Gemeinden und Landkreise entwickeln soll. Es ist völlig verfehlt, jetzt über Einwohnerzahlen zu sprechen. Diese aus der Luft gegriffenen Zahlen verunsichern unnötig die Bürger und die Amtsträger.

*Welche Auswirkungen hätten die Reformpläne der SPD für Teltow-Fläming?*

Die vorgeschlagene Kommunalstrukturreform hätte fatale Folgen für unseren Landkreis. Die Existenz des Landkreises und vieler Kommunen in Teltow-Fläming wird durch die SPD in Frage gestellt. Teltow-Fläming müsste mit einem anderen Landkreis fusionieren, weil wir selbst nur ca. 160.000 Einwohner haben. 9 von 15 Gemeinden müssten aufgelöst werden, weil sie die geforderte Einwohnerzahl unterschreiten. Hierzu gehören Rangsdorf, Baruth, Am Mellensee, Großbeeren, Trebbin, Nuthe- Urstromthal, Niedergörsdorf, der Nedere Fläming und das Amt Dahme. Gleichzeitig würden die Wege für die Bürger zu den Verwaltungen länger werden. Viele Schulstandorte wären gefährdet.

*Welche Strukturveränderungen sollten nach Ihrer Ansicht vorgenommen werden?*

Entscheidend sind Bürgernähe und eine gute Finanzausstattung der Kommunen. Zunächst muss das Land seine Hausaufgaben machen. Noch immer leistet sich das Land zahlreiche Landesoberbehörden, die viel Geld kosten.

Dieser Luxus ist weder zeitgemäß, noch finanzierbar. Die Landesregierung muss zudem klären, welche Aufgaben zukünftig von den Gemeinden und Landkreisen erfüllt werden sollen. Es ist kaum zu vermitteln, warum eine Kommune heute nicht selbst entscheiden kann, wo ein Verkehrsschild aufgestellt werden kann. Neue Modelle, z.B. der Bürgerbus, sollten dazu beitragen, dass unsere dörflichen Strukturen erhalten bleiben.



Gespräch mit Bürgermeistern und  
Amtdirektoren im Amt Unterspreewald zum  
Thema: Kommunalstrukturreform am  
05.12.2011

*Abschliessend eine Frage zu einem Thema, was viele Menschen in der Region bewegt. Das Bundesverwaltungsgericht hat letzte Woche ein umfassendes Nachtflugverbot am Flughafen in Schönefeld abgelehnt. Was sagen Sie dazu?*

Das Urteil ist enttäuschend, ich hätte mir im Interesse der betroffenen Anwohner eine andere Entscheidung gewünscht. Das Urteil ist aber kein Freifahrtschein für die rot-rote Landesregierung. Jetzt müssen Auflagen zum Schutz der Bevölkerung vor allem in den Nachtrandzeiten erlassen sowie neue Schutz- und Entschädigungsgebiete ausgewiesen werden. Das Schallschutzprogramm muss wesentlich unbürokratischer und zielgenauer umgesetzt werden. Die CDU wird sich auch weiterhin mit diesem wichtigen Thema beschäftigen und die Menschen nicht allein lassen. Auf Antrag des CDU Kreisverbandes Teltow-Fläming soll ein Landesfachausschuss zu den Auswirkungen des Flughafenbetriebes gebildet werden.

*Quelle: Blickpunkt Ludwigsfelde/Zossen, 21.10.2011*



Amtseinführung des Direktors des  
Amtsgerichtes Königs  
Wusterhausen Markus Deller am  
25.11.2011



Eröffnung des Weihnachtsmarktes  
in Trebbin am 25.11.2011



## Ausgewählte Termine im Monat Januar

3.1.2012

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

10.1.2012

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

12.1.2012

- 10 Uhr Führungskräfteseminar der Landesverwaltung und der Justiz in Potsdam
- 19 Uhr Jahresempfang des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam

14.1.2012

- 10 Uhr Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming in Großbeeren

17.1.2011

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

18.1.2012

- 10 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses in Potsdam

19.1.2011

- 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses in Potsdam
- 19 Uhr Jahresempfang der Unternehmensverbände in Potsdam

22.1.2012

- 11 Uhr Neujahrsempfang der FDP-Landtagsfraktion in Potsdam

23.1.2011

- Grüne Woche in Berlin

24.1.2012

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

25.1.2012

- Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)

26.1.2012

- Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)

30.1.2012

- 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde  
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*